

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 27. Juni 2016

Verfasserin: Barbara Schaffner

Ein Morgen mit vielen unbestrittenen Geschäften zur Gesundheitspolitik wurde abgerundet mit einem sinnvollen Vorstoss, welcher eine vernünftiger und fairere Zuteilung der Listennummern zum Ziel hat.

Impfen leicht gemacht (Danny Häuptli)

Das Postulat forderte, dass auch Apotheker gewisse Impfungen vornehmen können. Die Regierung hat diesen Vorschlag aufgenommen und Impfen ist nun in den meisten Fällen auch in Apotheken möglich. Danny Häuptli begrüsst die neue Regelung, die es den Apothekern erlaubt, Ihre Kompetenz besser einzubringen. Für die Bevölkerung wird es schneller und einfacher, sich impfen zu lassen, was schlussendlich zu einer höheren Impfquote und einem besseren Schutz der Gesamtbevölkerung führt.

Osteopathie im Gesundheitsgesetz (Danny Häuptli)

Das Postulat forderte, die Osteopathie in die Bestimmungen des Gesundheitsgesetzes und der kantonalen Verordnung für die Berufsausübung über die nichtuniversitären Medizinalberufe aufzunehmen. Danny Häuptli erklärt, dass in der Zwischenzeit eine entsprechende Gesetzesänderung auf Bundesebene vorliegt und das Postulat abgeschrieben werden kann.

„Ambulant vor stationär“ in der psychiatrischen Versorgung (Danny Häuptli)

Danny Häuptli begrüsst das Postulat, das fordert, die Möglichkeiten einer verstärkten ambulanten psychiatrischen Versorgung zu prüfen. Er sieht Vorteile durch ein vermindertes Ausgrenzungsrisiko der Betroffenen und regt an, auch die neuen Möglichkeiten des digitalen Zeitalters für eine verbesserte ambulante Behandlung zu nutzen. Das Postulat wird überwiesen.

(Keine) Strategie zur Sicherung der ausreichenden Spitalversorgung (Danny Häuptli)

Die Postulanten fordern eine Strategie zur Sicherung einer ausreichenden Spitalversorgung im Kanton Zürich. Danny Häuptli anerkennt zwar die Wichtigkeit gewisser Themen, die im Postulat angesprochen werden (Kapazitäten in der Spitalversorgung, mögliche Verzerrungen im Fallpauschalen-System), urteilt aber, dass das vorliegende Postulat nur heissen Rauch produzieren würde. Er wehrt sich auch gegen die Begründung, die gegen die wettbewerblichen Elemente in der Spitalversorgung gerichtet ist. Das Postulat scheitert klar.

Die Gemeinden bestimmen die Form der Sozialhilfe (Sonja Gehrig)

Dieser Vorstoss verlangt, dass die Gemeinden bestimmen, in welcher Form die Sozialhilfe ausbezahlt wird. Der Hintergedanke ist, dass Gemeinden Einkaufsgutscheine statt Bargeld abgeben können sollten. Gemäss Sonja Gehrig hat sich die Abgabe von Gutscheinen in anderen Kantonen nicht bewährt. Der Aufwand für die Kontrolle ist zu gross und führt nur zu einem Handel mit Einkaufsgutscheinen. Fraglich ist auch, wie die Gemeinde Gutscheine ausgeben soll, ohne einzelne Anbieter zu bevorzugen.

Die notwendigen 60 Stimmen für eine vorläufige Unterstützung werden mit 59 Stimmen glücklicherweise haarscharf verfehlt.

Listennummern (Sonja Gehrig)

Bei den Nationalratswahlen werden die Listennummern aller Parteien, die nicht im Nationalrat vertreten sind, durch Auslosung vergeben. Daran stören sich AL und EDU, die sich bei dieser Regelung mit Juxparteien in der gleichen Kategorie wiederfinden. Sonja Gehrig findet das Anliegen berechtigt, dass Parteien, die schon einmal bei Nationalratswahlen teilgenommen haben, ihre Listennummer nach der letztmaligen Wählerstärke zugeteilt erhalten. Sie nutzt ihr Votum auch, um auf das gute Abschneiden der Jungen glp hinzuweisen, die – weil sie die stärkste Jungpartei war – mit dieser Regelung vor allen anderen Jungparteien platziert sein würde.

Der Vorstoss wird von allen ausser der SVP unterstützt.